

RAINER RILLING

Die Eigentumsfrage kehrt zurück.

EINE ZWISCHENBILANZ ZUR POLITIK DER PRIVATISIERUNG

Eine neue Verdrossenheit entwickelt sich. Sie richtet sich auf die Privatisierung, also die Veräußerung öffentlichen Vermögens, öffentlicher Aufgaben oder Organisationen und deren Umwandlung in privates Eigentum zum letztlich vorrangigen Zweck der einzelwirtschaftlichen Gewinnerzielung statt der Orientierung am Gemeinwohl oder dem Gebrauchswert der erbrachten Leistung bzw. des produzierten Gutes. Diese Politik der Privatisierung war lange Zeit deshalb unterstützt worden, weil sie mit einigen großen und zunächst realitätstüchtigen Versprechen des Neoliberalismus operierte wie »Wiederherstellung von Effizienz« (angesichts des maroden Zustands vieler öffentlicher Einrichtungen und ihrer Marktferne), »Kosten- und Preissenkung« (durch Bürokratieabbau und Konkurrenz neuer Anbieter), »Behebung der Krise der öffentlichen Finanzen« (durch Veräußerungseinnahmen) oder »neue Wahlfreiheit des Konsumenten« (durch eine Vielfalt der Produkte und Dienste dank technologischer Innovation und Wettbewerb auf den sich spontan entwickelnden Märkten).

Doch nun wächst die Skepsis. Den Bereich der Telekommunikation ausgenommen, kann von Kostensenkungen, die privaten Konsumenten und Konsumentinnen zugute kommen, schon lange nicht mehr geredet werden. Verbreitete Korruption und die Verschlechterung der Qualität beispielsweise durch Reduzierung und Ausdünnung von Dienstleistungen haben die Rede von der Effizienzsteigerung durch Private mittlerweile als Mythos entlarvt. Eine breite qualitative Verbesserung und Modernisierung der Infrastruktur hat nicht stattgefunden. Die öffentliche Bürokratie wurde ersetzt durch ein riesiges, unübersichtliches Gemenge von Brokern, Managern, Verbänden, Sozietäten, Versicherern, Vermarktern, Polizei und privatem Sicherheitspersonal, Eigentums- und Kontrollregimes – und den dazu gehörenden Märkten. Der Wettbewerb wurde nicht gestärkt, vielmehr wurden in einem langen Umbauprozess aus

öffentlichen Monopolen eine Handvoll global operierender privater Monopole. In Europa entstanden aus dieser Politik der Privatisierung in Deutschland und Frankreich vier global operierende Konzerne, in Spanien zwei und in Holland einer¹. Die Wahlfreiheit ist oft zu chaotischen Angebotskonkurrenzen mutiert. Die Krise der öffentlichen Finanzen ist nicht beseitigt, die aktuellen positiven Veränderungen sind nur in sehr geringem Umfang auf Privatisierungserlöse zurückzuführen, der Staat verarmt sich weiter. Die Privatisierung von Hoheitsaufgaben (Verkehrsüberwachung, Sicherheitsdienste, Polizei, Gefängnisse, Militär) begegnet Misstrauen und ist offenbar nicht kostengünstig – für viele scheint hier zu Recht auch der Rechtsstaat in Frage gestellt zu werden. Kurz: die Versprechen sind nicht eingehalten worden.

Versprechungen ... und die dürre Wirklichkeit

Ganz im Gegenteil. Was zunächst als unbeabsichtigte und unwichtige Nebenfolge verkauft wurde, wird immer mehr als Hauptzweck des Unternehmens Privatisierung deutlich: ein ungeheurer Umbau der Verhältnisse zugunsten der Besitzenden und Reichen im Gefolge der Anlage riesiger überschüssiger Kapitalmengen und eine massive Schwächung des öffentlichen (staatlichen wie genossenschaftlichen) Sektors, die potentiell, aber auch real auf den Abbau öffentlicher Verantwortung und damit auf Entdemokratisierung hinausläuft. Deutlich wird, dass es bei der Politik der Privatisierung vor allem darum geht, dass Konzerne und Geldeliten nach profitablen Möglichkeiten suchen, ihr liquides Kapital anzulegen, das aufgrund der nunmehr über drei Jahrzehnte andauernden neuen Umverteilung

¹ So die Marburger Studie von Hans-Jürgen Bieling, Christina Deckwirth und Stefan Schmalz (Hg.): Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union, FEI-Studie Nr.24 Marburg 2007. Das sind die einst öffentlichen Unternehmen Deutsche Post, La Poste, TNT, Deutsche Bahn, SNCF, E.on, Suez, RWE, Veolia, Suez, Agbar, Deutsche Telekom, France Télécom, Telefónica in den Sektoren Post, Bahn, Energie, Wasser und Telekommunikation.

von Einkommen und Vermögen außerordentlich zugenommen hat. Diese weltweit vorhandenen Finanzwerte übertreffen mittlerweile das globale nominale Bruttoinlandsprodukt um mehr als das Dreifache: sie waren von 12 Billionen US-\$ im Jahr 1980 auf 140 Billionen im Jahr 2005 gestiegen (gegenüber einem Anstieg von 10 Billionen \$ auf 45 Billionen \$).² Allein die großen institutionellen Investoren – vor allem Investment- und Pensionsfonds – kontrollieren gegenwärtig 55 Billionen \$. Finanzinvestoren bestimmen die Entwicklung des neuen Kapitalismus. Auf der anderen Seite blieben die öffentlichen Bestände und Staatshaushalte aufgrund relativ sinkender Steuereinnahmen weit zurück. Dies ist auf das geringere Wirtschaftswachstum, die Entscheidung für eine Politik der hohen Arbeitslosigkeit und die Entlastung hoher Vermögen und Einkommensklassen zurückzuführen. Um diese Einnahmeausfälle auszugleichen oder weil der Staat schon nicht mehr den Unterhalt seiner Vermögenswerte sichern kann, verkauft er sie an Private. Es geht kurz gesagt einfach um ein Geschenk an die Reichen: die Regierung gibt ihnen Geld und verkauft ihnen dann für einen Bruchteil dieses Geldes die eigenen Vermögenswerte.³

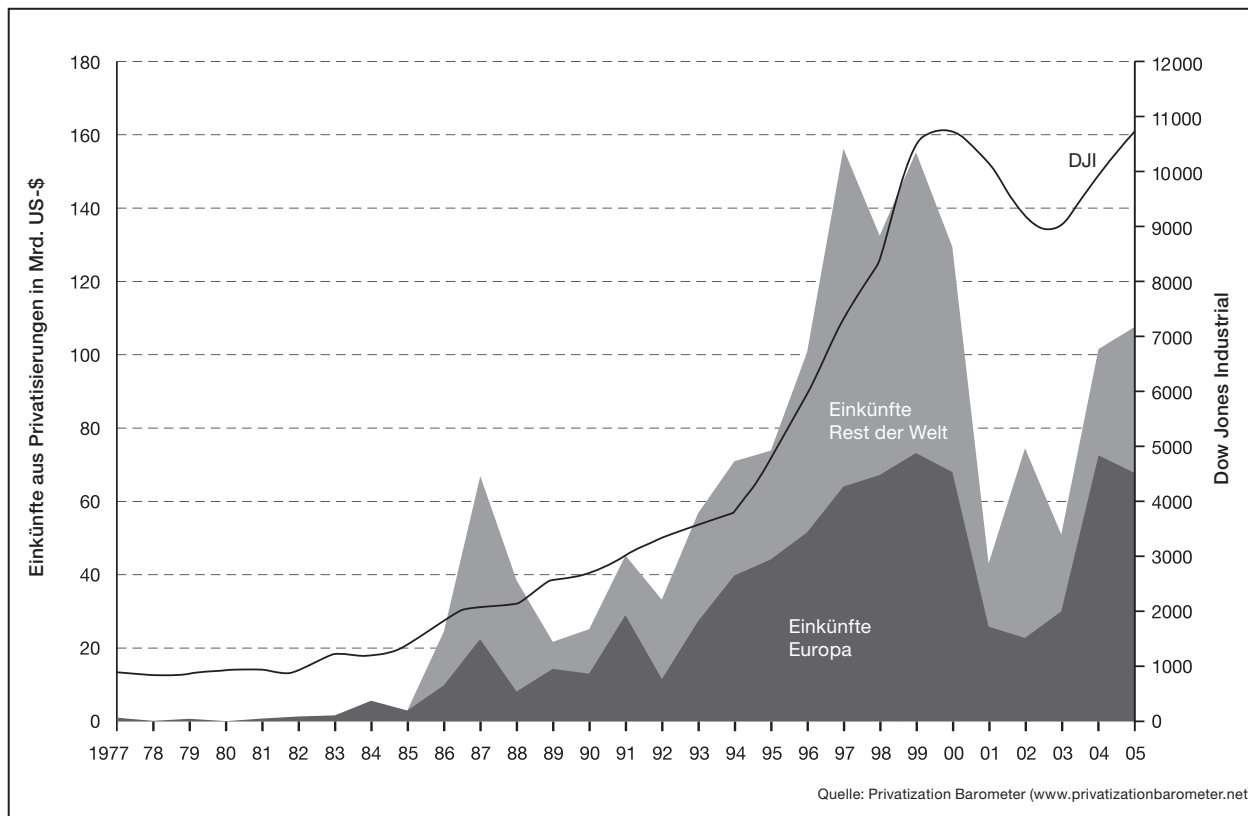
Die alte Ordnung wurde gebrochen: ein Großteil der »natürlichen« Monopole zunächst formell und dann auch materiell privatisiert, die Lohnarbeitsmacht zurück-

2 s. Jörg Huffschnid: Finance – Privatisation – Regulation. Vortrag auf der EAPE-PRESOM-Konferenz »Privatization and Regulation« in Delft am 22./23.3.2007, MS., S.2

3 So prägnant formuliert von Huffschnid, ebd., S.3

gedrängt, die Kommunen als starke Eigentümermacht zum Versilbern ihres Vermögens gebracht, damit sie ihre Finanzen wenigstens kurzzeitig sanieren konnten. Das Kapital drang in die klassischen Infrastrukturbereiche (wie Wohnungswesen, Verkehr, Energie) ein, die im Ergebnis der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Konjunkturzyklus in genossenschaftlichen oder staatlichen Formen etabliert worden waren. Neue Produktionssphären wie die immaterielle Produktion wurden von Beginn an in privater Form in Wert gesetzt. Im Ergebnis sind öffentliche Infrastruktur und staatliches Kapital zurückgedrängt worden⁴ – der Aufbau der öffentlichen Infrastruktur in Form staatlichen Kapitals bedeutete ja, dass die »allgemeinen Bedingungen der Produktion« (Marx) und ihr gemeinschaftlicher Charakter durch das private Kapital nicht profitabel produziert werden konnten oder dass unverwertbare Surplusgewinne abgeworfen wurden, die mit staatlichen Mitteln konterkariert wurden. Das in diesem Bereich fungierende Staatskapital reproduzierte sich – abhängig von den politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen – häufig auf eine andere Weise als das private Kapital; es unterlag zumindest potentiell und (bei den Kommunen, aber auch z.B. in mitbestimmten Bundesbetrieben) (auch) reell einer politischen Kontrolle auch hinsichtlich der Qualität, der Zugänglichkeit

4 Während Anfang bzw. Mitte der 80er Jahre der Umfang der Regulierung hierzulande noch etwa ca. 50 % der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung betraf, waren Anfang dieses Jahrzehnts etwa 33 % der Konsumgüter von staatlicher Regulierung betroffen, s. Joachim Bischoff in seinem Beitrag auf der Tagung »Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck«, Marburg, Juli 2007.

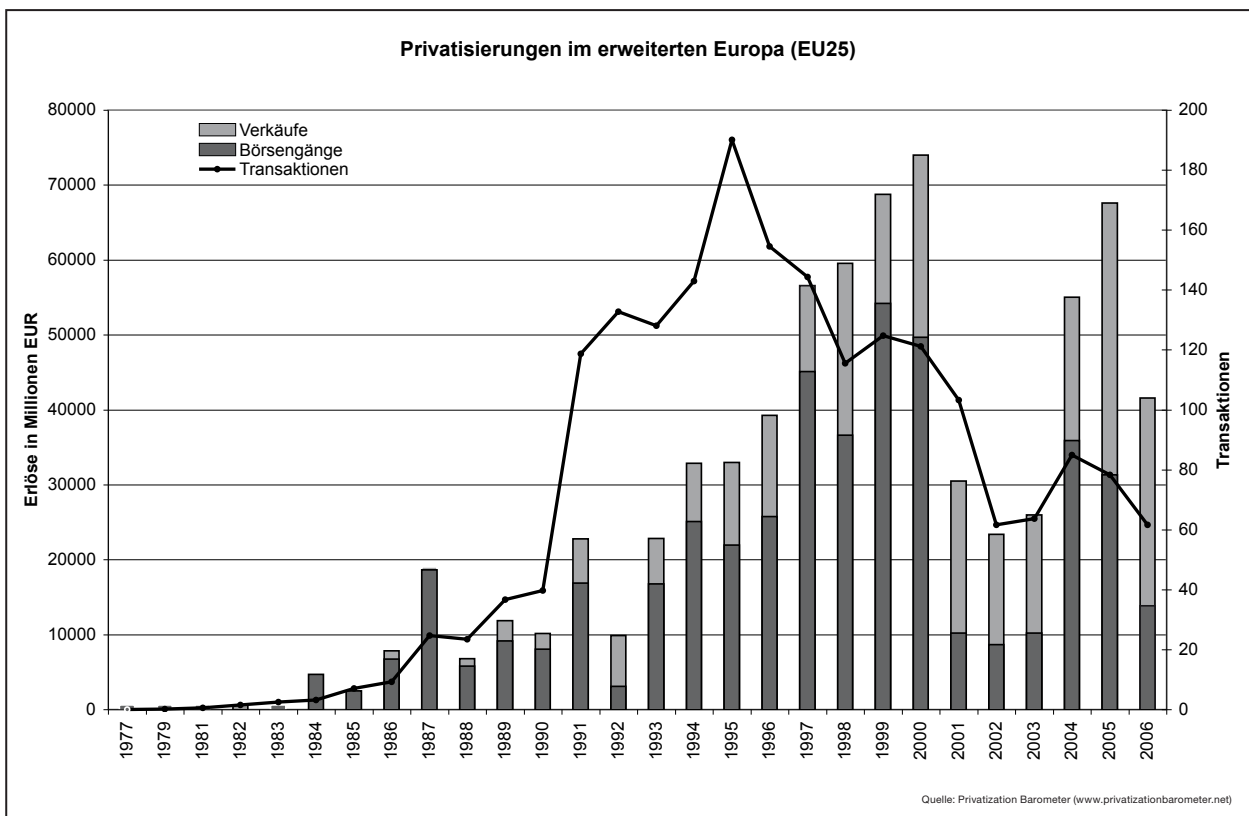


und der Kosten der erbrachten Dienste und Produkte. Oft brachte es dabei neue Probleme mit sich (Bürokratie, Hierarchie, Kostenaufblähung etc.). Mit der Ausdehnung des globalen Kapitalmarkts, der sich im letzten Vierteljahrhundert mehr als verdreifacht hat, entstand aber nun in weitaus größerem Umfang als bislang die Chance, diese gemeinschaftlichen Voraussetzungen der Produktion im Interesse des Gesamtkapitals selbst privatförmig zu entwickeln. Zugleich wurde ein Wettbewerb um Steuersenkungen etabliert und so die Einnahmesituation der öffentlichen Hände dramatisch verschlechtert. Die Konsequenz: zwischen 1986 und 2003 veräußerten der Bund und die Länder Vermögen in Höhe von 26 Mrd. € bzw. 14 Mrd. €. Die Kommunen verkauften allein 2005 für 5,7 Mrd. € Vermögensbestände und 61.000 kommunale Arbeitsplätze wanderten in die Privatwirtschaft ab. Das Gesamtvolumen der Verkäufe kommunalen Eigentums ist nicht bekannt; wenige Konzerne wie E.ON oder RWE haben sich so Einfluss auf große Teile der Kommunalwirtschaft gesichert. Das Absinken der öffentlichen Investitionen (allein die kommunalen Investitionen, die rund 2/3 der öffentlichen Investitionen bestreiten, sind heute nur noch halb so groß wie 1992) wurde dadurch nicht aufgehalten – der Staat hat sich von oftmals einträglichen Vermögensbeständen getrennt bzw. außerstande gesetzt, gemeinwohlorientierte Leistungen günstig anzubieten. Ein einfaches Beispiel für die Aushöhlung klassischer Universaldienstverpflichtungen ist der Rückgang der Postämter von 22.000 in 1992 auf 12.000 in 2007.

An die Stelle großer öffentlicher Unternehmen und Leistungsanbieter traten jetzt (vor allem in Deutschland) private transnationale Konzerne, die nun als Global Players auf den Weltmärkten agieren und dort oftmals mit riesigen Staatsunternehmen konkurrieren, die mittlerweile als nationale Champions einstiger Entwicklungs- bzw. Schwellenländer wie Russland, China, Brasilien oder Mexiko fungieren. Mittlerweile wird immer deutlicher, dass das neue private Arrangement der allgemeinen Bedingungen der Produktion die galoppierende Minderung der Gebrauchswertqualität dieser Bedingungen nicht rückgängig gemacht hat. Das betrifft in erster Linie die soziale Qualität dieser Bedingungen (Bezahlbarkeit, Zugang, »Gemeinschaftlichkeit«) aber auch ihren materiellen und stofflichen Zustand, den Verfall ihres ökonomischen Werts und damit ihre Effizienz für die Kapitalakkumulation. So ist es also zunehmend fraglich, was außer schneller Profitmacherei (die das zentrale Anliegen der Private Equity-Firmen und der Hedge Fonds ist) und Steigerung der Kapitalmacht gegenüber den Beschäftigten, den Gewerkschaften und den staatlichen Einrichtungen der politischen Demokratie als Sinn der fortbestehenden Privatisierungspolitik bleiben soll.

Der Wandel der Privatisierungspolitik

Die zunehmende Problematisierung der Privatisierungspolitik durch eine breite Öffentlichkeit hat jedoch nicht nur mit dem Gefühl zu tun, dass die neoliberale



Privatisierungs- und Deregulierungspolitik zu dramatischen Gerechtigkeits- und Demokratielücken geführt hat. Sie hängt auch mit einem Wandel dieser Politik selbst zusammen. Auf den ersten Blick scheint es ja, als ob die große Zeit der Privatisierungspolitik zu Ende geht und wir uns am Ende eines weltweiten Trends befinden, der vor knapp drei Jahrzehnten mit der Profilierung der radikalen Privatisierungspolitik in England und Neuseeland eingesetzt und sich seit 1993 auf alle europäischen Staaten und sukzessiv auf den »Rest der Welt« ausgedehnt hat. Zwischen 1977 und 1992 fielen 72 % der EU-weiten Privatisierungserlöse in Großbritannien an, in den folgenden Jahren bis 2002 waren es nur noch 8 % – Italien, Deutschland, Frankreich und Spanien ließen Großbritannien hinter sich. Während sich in Deutschland im Zeitraum 1977-1992 Privatisierungserlöse in Höhe von 6,59 Mrd. \$ ansammelten, waren es in der Folgezeit bis 2002 71,43 Mrd. \$.⁵ Ins Verhältnis zum Bruttosozialprodukt gesetzt waren diese Beträge eher geringfügig (in 2000 z.B. 3,7 % – in Portugal waren es 23,1 %, in Finnland, Griechenland oder Großbritannien über 10 %). Die volkswirtschaftliche Rolle der Privatisierung differierte also stark. Privatisierungen in Europa spielten in diesem Zeitraum eine große Rolle: die vom privatization barometer erfassten 1177 Privatisierungen im Europa der 15 (1977-2005) entsprachen mit insgesamt 708 Mrd. \$ etwa der Hälfte der global erzielten Privatisierungserlösen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass entsprechende öffentliche Vermögenswerte nicht nur in Europa, sondern vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern weit unter dem realen Wert veräußert wurden.

Zwischen 1977 und 2004 beliefen sich die Privatisierungserlöse der 15 »alten« Mitgliedsstaaten der EU auf 497 Mrd. €, die der neuen auf 54 Mrd. €. Italien (105 Mrd.), Großbritannien (95 Mrd.), Deutschland (74,5 Mrd.) und Frankreich (68,2 Mrd.) lagen dabei mit großem Vorsprung an der Spitze.⁶ Wertmäßig lag dabei der Höhepunkt der Privatisierung bereits in den 90er Jahren und das Volumen der Transfers ist deutlich abgesunken, wie der Newsletter 6 vom Januar 2007 des in Italien publizierten Privatization Barometer zeigt (S.7). Die Anzahl der Transaktionen hatte bereits Mitte der 90er Jahre ihren Gipfelpunkt erreicht; die Erlöse gingen von 1999/2000 an zurück, um dann von 2003 bis 2005 wieder stark anzusteigen.

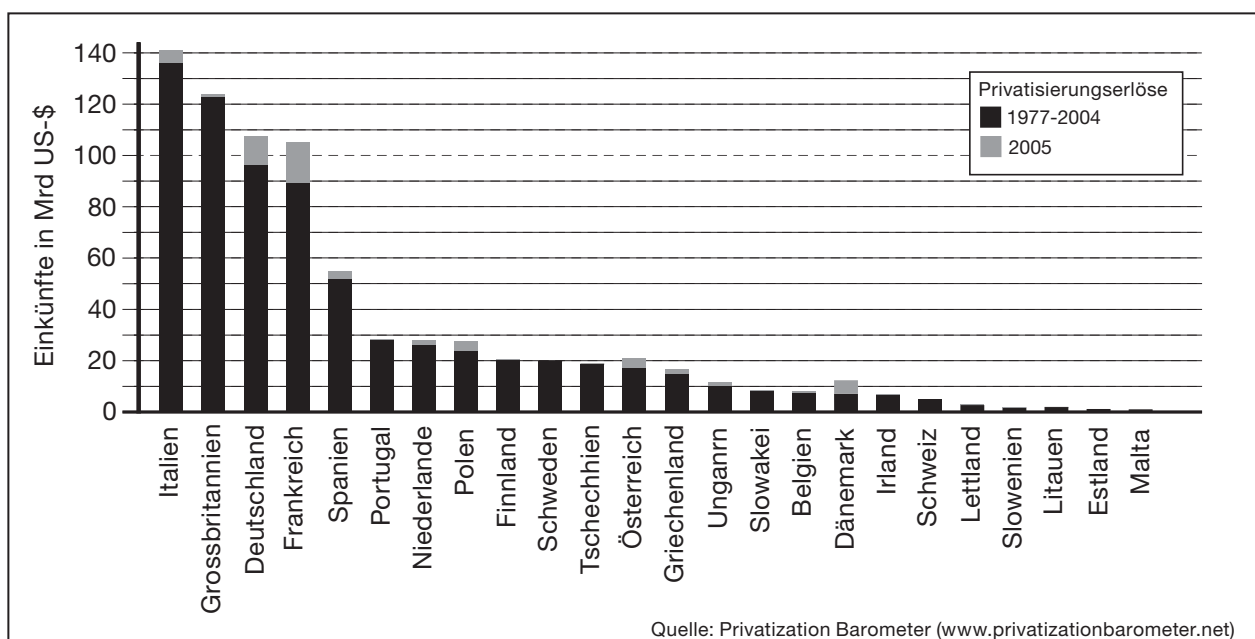
Der Rückgang ist also offensichtlich – doch wird er weitergehen oder wird sich dieses Plateau halten? Gemeinsam mit Frankreich stand die BRD im Jahr 2006 an der Spitze der Top-List der europäischen Privatisierung – ein Sachverhalt, der hierzulande kaum bekannt ist. In beiden Ländern wurden aus Vermögensveräußerungen öffentlichen Eigentums knapp 9 Mrd € eingenommen – und diese Position wird die BRD auch 2007 halten: »Germany will certainly remain next year's privatization heavyweight.« (Privatization Barometer 6, S.13). Bund und Länder sind – mit der Ausnahme Berlins – offenbar fest entschlossen, diesen Kurs fortzusetzen; so haben in den letzten Jahren Länder wie Hamburg detailliert ihre öffentlichen Vermögensbestände erfasst, um auch noch das letzte Denkmal auf den Markt werfen zu können.⁷

Für die SPD-CDU-Koalition formulierte 2006 das SPD-geführte Bundesministerium der Finanzen: »Pri-

5 Judith Clifton u.a. . Privatizing public enterprises in the European Union 1960-2002: ideological, pragmatic, inevitable? In: Journal of European Public Policy 5/2006 S.743.

6 V.P.Morano: The Future of Privatization in Europe, 2005

7 s. das Dossier der ZEIT v. 6.7.2006 zur Privatisierung.



vatisierungserlöse leisten einen wesentlichen Beitrag zu Wachstumsimpulsen, die von der Bundesregierung in den nächsten Jahren gesetzt werden. Gleichzeitig ist es nach wie vor das vorrangige Ziel der Privatisierungsmaßnahmen, den ordnungspolitisch gebotenen Weg zur Privatisierung konsequent weiter zu führen, die Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft effizient zu gestalten und den Staat weiter zu verschlanken. (...) Öffentliche Unternehmen werden sich auch in Zukunft im Wettbewerb bewähren müssen. Die privatwirtschaftlich ausgerichtete Beteiligungsführung des Bundes ist dabei eine wichtige Vorbereitung auf die Privatisierung. (...) Die Bundesregierung bleibt damit auf ihrem auch international anerkannten verlässlichen Privatisierungskurs.«⁸ Sie stützt den immer deutlicheren Kurs der EU-Kommission, die Schlüsselbereiche sozialer Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit oder Verkehr als »wirtschaftliche Tätigkeit« zu definieren und dementsprechend zu fordern, dass diese sich nach den Regeln des (kapitalistischen) Wettbewerbs verhalten müssen. Noch vorhandene Unterschiede zwischen öffentlichem und privatem Eigentum (oftmals zusammenhängend mit der »Einbettung« des öffentlichen Kapitals in die Aufgabenstellung, universelle Dienste zu günstigen Bedingungen bereitzustellen) werden so weiter eingebeut. Spürbar ist dies in vielen Kommunalverwaltungen, die mittlerweile in eine öffentliche Kernverwaltung und, vor allem auf dem Feld der klassischen Versorgungswirtschaft, in eine politisch nicht mehr steuerbare, oft kaum noch gezügelt kapitalistische Beteiligungsverwaltung zerfallen. Wo Kommunalwirtschaft und -verwaltung aber im Zeichen einer immer unbestimmteren »Gewährleistungsverantwortung« primär nach Maßgabe der Marktökonomie operieren, hat das private das öffentliche Interesse marginalisiert.

Darin spiegelt sich auch wieder, dass immer weniger »klassische« Vermögensbestände veräußert werden können. Es gibt kein schnelles Tafelsilber mehr. Es gibt keine Bundesunternehmen der Größenordnung Post und Bahn mehr – der Bund reduzierte seine Beteiligung an der Telekom von 100 % (1995) auf 14,8 % (2006) und die Bundesbeteiligung an der Post sank zwischen 1998 und 2006 von 100% auf weit unter 40 %. Von 1998 (137) bis 2005 wurden 28 wesentliche Beteiligungen des Bundes veräußert; der Bund war daher Ende 2005 unmittelbar noch an 109 Unternehmen mit einem Wert von ca. 18,5 Mrd. € beteiligt. Rechnet man die mittelbaren Beteiligungen hinzu, waren es 402 Unternehmen. Zwischen 1991 und 2006 sank die Zahl der Beteiligungen, an denen der Bund mindestens 25 % des

8 So der Bericht des Bundesministeriums der Finanzen zur »Verringerung von Beteiligungen des Bundes – Fortschreibung 2006«, Berlin 2006

Privatisieren? Ja, aber... In Brandenburgs Hauptstadt Potsdam war die Wasserwirtschaft Ende 1997 zu 49 Prozent an den deutsch-französischen Konzern Eurawasser verkauft worden – in der Hoffnung auf sinkende Preise. Doch die stiegen binnen drei Jahren um fast 80 Prozent. Mitte 2000 kaufte die brandenburgische Landeshauptstadt ihren Anteil von Eurawasser zurück. Die Stadt Ahrensburg in Schleswig-Holstein kaufte von ihrem Gasversorger E.on Hanse das örtliche Gasnetz mitsamt den 5500 Endabnehmern zurück – gegen den Willen von E.on und dank eines Gerichtsurteils. Begründung der Gemeinde: Sie wolle selber am Gas verdienen. In vielen Kommunen wächst der Wunsch, sich von der Versorgung durch die Energiekonzerne wieder unabhängiger zu machen. Städte wie Bochum und Hamm investieren in eigene Kraftwerke, weil sie sich der Preispolitik der Stromriesen E.on, RWE, EnBW und Vattenfall ausgeliefert fühlen. Privatisieren ja, aber nicht alles, könnte die Devise lauten. Viele Kommunalpolitiker haben längst erkannt, dass der Verkauf an Private nicht in jedem Fall sinnvoll ist. (Die Zeit v. 22.6.2006)

Nennkapitals besaß, von 214 auf 112. Von den verbleibenden Unternehmen hätten laut »Beteiligungsbericht 2006« der Bundesregierung 63 eine »grundsätzliche Privatisierungsperspektive«.⁹ Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Unternehmen, die im Geschäftsbereich des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung liegen (348 Beteiligungen). Seit langem geht es in der Privatisierungspolitik des Bundes um die Sektoren Verkehr (Bahn, Straßensystem, Flughäfen), Post und immaterielle Güter (z.B. Frequenzen) sowie Bereiche der Hoheitsverwaltung (Gefängnisse, Militär, klassische Funktionen der Leistungsverwaltung). Hinzu könnte als relevanter Faktor das Bildungs- und Forschungssystem kommen, in dem traditionell gerade der Bereich der Grundlagenforschung öffentlich organisiert und zum Teil in Bundesbesitz ist. Deutlich wird, dass die Reduzierung des Bundesvermögens beträchtlich ist. Man darf aber nicht von den zentralen Netzen (Straße, Wasser) absehen, denn diese Sektoren haben eine ganz außerordentliche Größenordnung. Es ist absehbar, dass in den nächsten Jahrzehnten (!) sich Kämpfe um Privatisierung und Aneignung auf die hier genannten Sektoren konzentrieren werden – und man kann davon ausgehen, dass diese Art von Privatisierungspolitik in der Bundesrepublik bis zum bitteren Ende fortgesetzt werden wird, wenn ihr nicht politisch Einhalt geboten wird. Weltweit ist sogar (seit 2003) ein Anstieg der

9 S. den umfangreichen Beteiligungsbericht des Bundes, Berlin Dezember 2006. Er kommt dem von DGB und Linkspartei geforderten Privatisierungsbericht noch am nächsten.

Privatisierungserlöse auf über 90 Mrd € (2006) zu vermelden, für den insbesondere die Privatisierung von Staatseigentum in China verantwortlich ist; rund ein Drittel dieser direkten Veräußerungen öffentlicher Vermögensbestände geschah letztes Jahr jedoch in Europa. Eine zentrale Spezifik der Privatisierungspolitik ist, dass hierzulande sich die »Staatsmonopole« sich geradezu nahtlos in private »Global Players« transformierten und zugleich eine Situation der Polarisierung geschaffen wurde: diesen global operierenden Konzernen stehen häufig kleine Newcomer gegenüber, die einen eigenen ausgeprägten Beitrag zu Lohndumping und Prekarisierung leisten.

Die aktuelle Skepsis hat also vor allem drei Wurzeln. Zunächst glauben die »Kunden« und »Konsumenten« den Versprechungen nicht mehr und die ungerechten Verteilungseffekte der Privatisierung hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensentwicklung, aber auch der Verarmung der öffentlichen Hand werden immer deutlicher. Die Krise der öffentlichen Investitionen ist durch die Privatisierungspolitik nicht einmal kurzfristig beseitigt worden. Dann sind die negativen Effekte auf die Beschäftigung in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. Seit den 90ern sind bei Bahn, Strom und Telekommunikation EU-weit über 850.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, wobei ein beträchtlicher, aber unbestimmter Teil dieser Verluste auf Privatisierungen zurückzuführen sind. Es sind vor allem die hier betroffenen Beschäftigten, von denen die Kritik an der Privatisierung ausgegangen ist.

Die neue Runde der Privatisierung und ihre Folgen

Jetzt aber stehen wir schon seit geraumer Zeit zusätzlich am Beginn einer neuen Welle von Privatisierungen – es sei denn, diese Welle bricht sich am Widerstand der Bevölkerung. Die aktuelle Skepsis gegenüber den bisherigen Privatisierungen bezieht sich ja auf Sektoren, deren Produkte und Dienste oftmals eher indirekt wirkten. Betroffen waren hier vor allem die Beschäftigten – und zwar spürbar. Bei den neuen Privatisierungen geht es aber um Schulen und Krankenhäuser, Wasser, Energieversorgung oder Renten. Gesundheit, Bildung, Wohnen, Altersversorgung und Umwelt stehen im Zentrum der neuen Politik der Privatisierung, die seit den 90er Jahren immer stärker in den Vordergrund tritt, wobei einerseits supranationale staatliche Akteure wie die EU, andererseits internationale Finanzinvestoren zunehmend das Feld beherrschen. Und diese neue Privatisierungspolitik verflucht sich mit der expandierenden Politik der Inwertsetzung potentiell profitabler natürlicher Ressourcen und der ständig Raum gewinnenden verwertungsoffenen immateriellen Produktion. In beiden Fällen ist die unmittelbare Betroffenheit weitaus größer und Kosten

wie Qualität können von Nutzer und Konsumenten weitaus eher beurteilt werden. Neben den Beschäftigten sind es also die Nutzer und Konsumenten der Dienste und Produkte, die plötzlich als eine zweite Gruppe aktiv werden.

Das Beispiel Krankenhäuser...

In einzelnen Bereichen ist hier die Privatisierung rasch vorangeschritten, wie das Beispiel des Krankenhauswesens zeigt. 1984 war das erste öffentliche Krankenhaus in Deutschland privatisiert worden – der dann wirklich massive Trend zur Privatisierung setzte hier jedoch in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein, nahm Anfang dieses Jahrzehnts erneut zu und hatte seinen letzten großen Höhepunkt 2006 in der europaweit ersten Privatisierung einer Universitätsklinik (Marburg/Gießen). Nirgendwo werden mehr und größere Krankenhäuser verkauft als in Deutschland. Es kann davon ausgegangen werden, dass unter den großen Industriestaaten in absehbarer Zeit in keinem anderen Land das private Krankenhauswesen in der Trägerlandschaft eine so große Rolle spielen wird wie in Deutschland. Von den 1.846 Krankenhäusern, die es 2005 gab (1991 waren es noch 2.164) sind mittlerweile 26,4 % (1991: 15,2 %) privat. Die Anzahl der Krankenhäuser in »frei gemeinnütziger« (non-profit) Trägerschaft fiel um 15 Prozent von 838 auf 712. Während sich der Anteil der öffentlichen Häuser in dieser

Von wegen Staat... in Bergkamen Zu den ersten Folgen der Privatisierung der Müllabfuhr im sächsischen Muldentalkreis gehörten 20 entlassene Müllmänner. Die noch weiterhin Beschäftigten mussten seitdem für knapp die Hälfte des früheren Lohns arbeiten. Mit den rund 880 € Monatseinkommen mussten die Beschäftigten zusätzlich Wohngeld beantragen. Die Privatisierung kommt die Kommune somit teuer zu stehen. Bei der rekommunalisierten Müllabfuhr in Bergkamen sieht die Sache ganz anders aus: Die Beschäftigten erhalten Tariflöhne, die Gebühren wurden bereits nach einem halben Jahr um 10% gesenkt und die Stadt betreibt die Müllabfuhr für 770.000 Euro. Der private Anbieter hatte die Stadt 1,1 Millionen Euro gekostet, so dass eine Einsparung von 30% das Ergebnis einer gelungenen Rekommunalisierung ist. In Rheinland-Pfalz hat seit 2006 der Rhein-Hunsrück-Kreis die 1973 privatisierte Müllabfuhr wieder in Eigenregie übernommen. Die dazu gegründete Anstalt des öffentlichen Rechts (RHE) wirtschaftet offenkundig sehr erfolgreich: die Rhein-Hunsrück-Entsorgung konnte bereits in ihrem ersten Geschäftsjahr eine Million € einsparen. Daraufhin konnten die Müllgebühren um durchschnittlich vier Prozent gesenkt werden. (Quelle: private 2007)

Zeit um 35 % verringerte, verdoppelte sich der Anteil der privaten Krankenhäuser fast (+ 47,6 %); bezogen auf die Anzahl der Betten, die von 1991 bis 2004 um 18,9 % sank, nahm der Anteil der Privaten um 147 % zu, wogegen der Anteil der öffentlichen Häuser um 32 % schrumpfte.¹⁰ Bereits 44 % der öffentlichen Krankenhäuser haben eine privat(rechtlich)e Rechtsform und sind insofern formell privatisiert. Bei manch lukrativ erscheinenden Typen von Krankenhäusern wie den psychiatrischen Kliniken stehen Privatinvestoren Schlange: von 234 psychiatrischen Krankenhäusern in der BRD sind bereits 29,5 % privat und nur noch 41 % haben öffentliche Träger. Dabei gibt es große regionale Unterschiede – in Berlin etwa waren 2004 45 % der Hospitäler privat, im Saarland dagegen gibt es kein privates Krankenhaus! Noch sind fast 60 % der in Krankenhäusern Beschäftigten in öffentlichen Häusern angestellt, während bei privaten Trägern nur 10 % beschäftigt sind. Und noch haben nur 4 % aller privaten Kliniken mehr als 500 Betten – die großen Krankenhäuser sind immer noch eine öffentliche Domäne. Doch die privaten Klinikkonzerne haben sich im letzten Jahrzehnt erstmals auch in dieses Segment eingekauft. Eine massive Triebkraft dieser Transformation war die tiefe Krise der Haushalte der Kommunen und Länder (mit einer Verschuldung von über 500 Mrd. €), die dazu führte, dass in den letzten zwei Jahrzehnten fast alle Indikatoren des Krankensektors nach unten gingen (Zahl der Häuser, Betten, Beschäftigten, Aufenthaltsdauer) – bis auf die Zahl der Krankheitsfälle. Die Financial Times Deutschland vom 23.06.2007 schreibt: »Angesichts leerer Kassen hat Schleswig-Holstein vor zwei Jahren als erstes Bundesland die Flucht nach vorn angetreten und seine Psychiatrien verkauft, inzwischen sind viele Häuser in Brandenburg, Thüringen, Hamburg und jüngst auch Niedersachsen in privater Hand. Bisläng stoßen vor allem chronisch klamme Regionen ihre Landeskrankenhäuser ab, doch auch im reicheren Baden-Württemberg stand der Verkauf psychiatrischer Zentren schon zur Debatte. Potenzielle Bewerber stehen Schlange, denn mit dem Trend zur Privatisierung psychiatrischer Häuser eröffnet sich Investoren ein hochattraktives Geschäftsfeld.« Die DZ Bank prognostiziert, dass bis 2015 mehr als 40 % aller Krankenhäuser in Deutschland privatisiert sein sollen, McKinsey rechnet sogar mit 50 %, die dann weit mehr als 60 % der Gewinne machen sollen.

Es entstehen neue »integrierte« private Einrichtungen im Segment der Angebote für Reiche und Wohlhabende, die Wellness, Altersversorgung, Hoteldienste und -kultur, Gesundheitsmanagement und Urlaubsevents miteinander verknüpfen und sich als neues Luxussegment des

Rekommunalisierung in Freiburg: In Freiburg gehörten Anfang der 90er Jahre 450 Mitarbeiterinnen zur Eigenreinigung der Stadt. Sie putzen alles: Schulen, Kindergärten, Horte, Büros, Bürgerhäuser, öffentliche WCs. Seit Mitte der 90er Jahre wurde die Reinigung an Private vergeben – immer nach dem Motto: Private machen das billiger und besser. 2003 änderte sich das: 192 Mitarbeiterinnen zählten damals zur Gebäudereinigung. Zusammen mit den Reinigungskräften wurden neue Arbeitszeitmodelle entwickelt, Teams gebildet und Vertretungsregelungen erarbeitet. Neue Maschinen und Reinigungswagen wurden angeschafft. Zudem wurden die Anforderungen erhöht. Die Reinigungskräfte sind nun für eine größere Fläche zuständig als vor der neuen Konzeption, haben aber weniger große Reviere als die Kolleginnen und Kollegen der Privaten. Die tägliche Arbeit organisieren die Teams selbst. Außerdem wurde ein Jahresarbeitszeitmodell entwickelt: gearbeitet wird an allen Schultagen. Zudem sind in den großen Ferien 12 Arbeitstage für eine Grundreinigung vorgesehen. Grundreinigungstage an den Oster- und den Herbstferien entfallen. Insgesamt wurde mit der neuen Organisation 1.324,75 Arbeitsstunden eingespart, was 34,4 Stellen entspricht, aber es wurden keine Stellen gestrichen. Vielmehr werden Aufträge die bisher an Private vergeben worden waren, wieder zurückgeholt. 40 bis 50 Frauen bekommen so neue Stellen bei der Stadt. Insgesamt werden durch die Neuorganisation 800.000 Euro pro Jahr gespart. Obwohl Externe teilweise für Vertretungen eingekauft werden. Zudem hat sich der Krankenstand von 10,75 Tage auf 8,7 Tage pro Mitarbeiterin und Jahr reduziert, trotz des Anteils von Schwerbehinderten unter den Beschäftigten von 14 Prozent. Und deshalb wurden 25 Zeitverträge zum 1.1. 2006 in unbefristete Stellen umgewandelt. (Quelle: private 2007)

all-in-one etablieren. Finanzinvestoren operieren hier zunehmend, die drei in Deutschland führenden Konzerne Asklepios Kliniken, Rhön-Klinikum und Fresenius (Helios-Kliniken) sind zugleich Marktführer in Europa! Gemeinsam mit den Sana-Kliniken besitzen diese vier Unternehmen rund ein Drittel aller privaten Krankenhäuser. Die Folgen dieser Privatisierung und der kontinuierlichen Abnahme der Investitionen der öffentlichen Hand – seit 1990 sind die Krankenhausinvestitionen um 30 % zurückgegangen, der Investitionsrückstand liegt bei ca. 32-50 Mrd. € – sind signifikant: das Personal wurde deutlich abgebaut (vor allem bei klinischem Hauspersonal und Pflegediensten liegt der Personaleinsatz um ca. 10 % unter dem Standard der öffentlichen Häuser; eine Studie der DZ Bank setzt die Personalkosten bei öffentlichen Häusern auf 79 %, bei privaten auf 57 %; nach Schulden beliefen sich 2004 die durchschnittlichen

¹⁰ S. Thomas Gerlinger: Privatisation in German Health Care. Vortrag auf dem PRESOM-Workshop Privatisation on Health & Pensions am 4.5.2007 in Wien, MS. S. 11f.

Kosten eines Vollzeitbeschäftigten in einer öffentlichen Klinik auf 51.000 € gegenüber 47.000 € in einer Privatklinik). Die Financial Times Deutschland vom 23.6.07 vermerkt: »Die privaten Ketten betreiben oft spezialisierte Kliniken mit durchschnittlich 115 Betten und Fallkosten von 3.490 €. Kommunale Häuser haben dagegen im Schnitt 364 Betten. Die Behandlung eines Patienten kostet dort im Schnitt 4.221 €.« Die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes wurden gekündigt, höhere Lohnspreizungen breiten sich aus, Service-Tätigkeiten werden ausgelagert, es gibt eine deutliche Arbeits- und Leistungsverdichtung, die Fallkosten werden reduziert. Die Verweildauer wurde zwischen 1991 und 2005 von 14 auf 8,6 Tage reduziert (!), die Anzahl der zu versorgenden Betten pro Arzt/Ärztin stieg bis 2005 im privaten Bereich auf 1.421 Bettenbelegtage an (gegenüber den öffentlichen Häusern, wo sie bei 1.047 lag), im Pflegebereich sind es 521 gegenüber 454. Behandelte ein Arzt bei kommunalen Trägern 2005 im Schnitt 122 Patienten, so waren es bei privaten 159. Es entwickelt sich eine Verlagerung weg von schweren und teuren Fällen, der Grundsatz der Maximalversorgung wird geschwächt. Das Prinzip der wohnungsnahen Versorgung wird immer mehr durchlöchert. Kommunale Krankenhäuser fusionieren, um mit privaten Unternehmen konkurrenzfähig zu werden und richten ihre Organisation nach der Marktkonkurrenz aus (Benchmarking, Einkaufsbündelung, Personalkostensenkung). Rund ein Drittel der bundesdeutschen Krankenhäuser schreibt rote Zahlen.¹¹ Parallel zu diesem Aufbau privater Kapitalmacht im Krankenhauswesen breiteten sich private Versicherungen und individuelle Zuzahlungen aus, so dass es zu einer zusätzlichen Privatisierung der Gesundheitskosten und Risiken kam, deren Resultat eine rapide Zunahme der ohnehin schon beträchtlichen sozialen Ungleichheit im Gesundheitssystem war. Diese Politik der Privatisierung der public health – der öffentlichen Gesundheit – findet keinen Zuspruch unter den »Kunden«, Kranken und Patienten, auch nicht bei einem Großteil der Beschäftigten und Repräsentanten der kommunalen und landeseigenen Krankenhäuser. Wohlhabende und reiche Segmente der Bevölkerung unterstützen sie ebenso wie das Netzwerk der privaten Macht.

Auch in anderen Bereichen wurde durch die Privatisierung massiv Personal abgebaut (Post, ÖPNV, Stromversorger) und es etablieren sich weltweit operierende private Konzerne. So erzielt die einst zu 100 Prozent öffentliche »Deutsche Bundespost«, deren formelle Privatisierung Ende der 80er Jahre einsetzte, nach Börsen-

¹¹ Diese Angaben wurden von Thorsten Schulten (WSI) auf der Marburger Tagung vorgetragen. Weitere hier verwandte Daten ebenfalls aus Thorsten Schulten: Liberalisation, privatisation and regulation in the German healthcare sector/hospitals, Düsseldorf 2006 (Studie im Rahmen des pique-Projekts) sowie Johannes Kramer, Kommunale Krankenhäuser sind zukunftsfähig, Köln und Berlin 2007.

gang (2000), Marktöffnung und umfangreichen Aufkäufen im Ausland mittlerweile fast 55 % ihres Umsatzes im Ausland (2005). Ebenfalls seit 2005 halten private Investoren aus den USA und England die Anteilmehrheit. Während der (regulierte) Briefmarkt noch fast alleine von diesem Unternehmen kontrolliert wird, ist der Paketmarkt von einem Oligopol beherrscht und es ist absehbar, dass sich der Konzern zukünftig auf Logistik, Geschäftskundenmärkte und Finanzdienstleistungen auf dem Weltmarkt konzentrieren wird. Die Zahl der Beschäftigten ist von fast 380.000 (1990) auf 202.000 (2004) abgesunken. Die Bindung an das Tarifvertragssystem des öffentlichen Dienstes wurde aufgebrochen, unterschiedliche Tarifsysteme wurden eingeführt, die oftmals auf Lohndumping hinausliefen. So ist ein massiver Druck auf die Lohneinkommen der im öffentlichen Dienst beschäftigten ArbeitnehmerInnen entstanden. Die neuen kleineren Akteure auf den vormals staatlichen bzw. öffentlichen Märkten bieten in aller Regel geringere Löhne und fordern längere Arbeitszeiten ab (als Beispiel kann die Firma PIN gelten, die ein Durchschnittsentgelt von 1.020 € im Monat bietet gegenüber der Deutschen Post mit 1.765,88 €); sie bezahlen kein oder kaum Zuschläge, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, geben weniger Urlaub und entlassen schnell. Die Position der kollektiven Interessenvertretung wurde verschlechtert, die Belegschaften der neuen Wettbewerber sind häufig

Outsourcing beendet in Dortmund: In Dortmund wurden nach und nach Private mit der Reinigung von Schulen und Ämtern beauftragt. Mitte der 80er Jahre zählte die Stadt etwa 700 Reinigungskräfte, doch dann wurden frei werdende Stellen nicht mehr besetzt und die Objekte gingen an private Anbieter. Zehn Jahre später zählte der kommunale Reinigungsdienst noch 380 Beschäftigte. Sie reinigten nur noch etwa jedes dritte städtische Gebäude. Dann wurde umgeschwenkt. Das Ergebnis: Die Kosten für die städtische Reinigung wurden um knapp ein Drittel reduziert. Der Anteil der Gebäude, die die Stadt nun wieder in Eigenregie reinigt, liegt bei 52 Prozent, die Rate könnte gar noch steigen. 110 Kolleginnen und Kollegen sollen eingestellt werden, 60 davon sind schon da. Nach wie vor sind die Privaten günstiger, vor der Umstrukturierung waren es gar 35 Prozent, nun liegt der Unterschied „im einstelligen Bereich“ – weil die Privaten ihre Reinigungskräfte weit schlechter bezahlen als die Kommunen. Aber die Qualität der Reinigung ist höher, wenn die kommunalen Reinigungsrinnen und Reiniger anrücken. Kurz: Die Öffentlichen sind ein bisschen teuer, aber deutlich besser. Und es geht jetzt nicht nur um die Reinigung, sondern um die Pflege, also die Erhaltung. (Quelle: private 2007)

gewerkschaftsfrei.¹² Privatisierte Unternehmen sind oftmals Avantgarden beim Abbau sozialer Rechte und gewerkschaftlicher Positionen und bei der Durchsetzung prekärer Arbeitsverhältnisse. Das wirkt auf öffentliche Unternehmen zurück, so dass mittlerweile eine Doppelstruktur entstanden ist und im Sektor des öffentlichen Eigentums gebändigte und losgelassene Staatskapitalien miteinander konkurrieren¹³. Die Drohung mit der Privatisierung – exemplarisch am Streik der Müllabfuhr im öffentlichen Dienst 2006 vorgeführt – ist mittlerweile gang und gäbe, wenn es um die Restbestände des öffentlichen Dienstes vor allem auf kommunaler und Länderebene geht. Privatfirmen treten als Streikbrecher auf und mindern so die Erzwingungseffekte von Streiks beträchtlich. Zunehmend konzedieren die Gewerkschaften in Streiksituationen die Gewährleistung von Notdiensten – die nichts anderes als eine Mischung von Abwehrmaßnahmen gegenüber privaten Streikbrechern und der verdeckten Fortsetzung regulärer, normaler Erwerbstätigkeit sind.

Infragestellungen

Zugleich aber macht ein Blick auf die öffentlichen Aktivitäten in Sachen Privatisierung deutlich, dass die Bereitschaft zur buchstäblichen Infragestellung wächst, »von unten« und in mancher, sehr unterschiedlicher Weise auch »von oben«. Im Kapitalismus von heute (weitgehend gleichgültig welchen Zuschnitts) hat der Staat immer noch die Chance, Eigentumswechsel zu verhindern oder stark zu initiieren. In Frankreich etwa wurde 2006 der Kauf eines staatlichen Industriechampions verhindert (Suez) und in Italien oder Spanien blockierten die Regierungen 2005/2006 mehrfach »feindliche Übernahmen« relevanter öffentlicher (aber auch privater) Unternehmen – Ausnahmen freilich, welche die Regel bestätigen, aber immerhin auch dafür stehen, dass Interventionen möglich sind. Entsprechend die neuen Bemühungen (lanciert wohl von marktradikalen Kreisen um den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch mittels der FAZ), einen »Zugriff« ausländischer Staatsunternehmen auf »deutsche« Privatunternehmen durch eine Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes zu verhindern.

Unter völlig anderem Vorzeichen steht die Entwicklung von Kulturen solidarischer Ökonomie und die Re-Regulierung privatisierter Bereiche in Lateinamerika,

¹² Diese Angaben nach dem Referat von Torsten Brandt (WSI) auf der Marburger Tagung sowie Kathrin Drews: Liberalisation, privatisation and regulation in the German postal services sector, Düsseldorf 2006 (Studie im Rahmen des pique-Projekts).

¹³ Christoph Herrmann (Arbeiterkammer Wien) wies auf der Marburger Tagung darauf hin, dass erst mit dem Aufkommen der Privatisierung in Österreich das einheitliche Tarifsysteem zerbrach und die soziale Homogenität der Belegschaften aufgebrochen wurde.

»Verlust der Politikfähigkeit«:

Der Staat muss vor weiteren Schritten in Richtung einer Privatisierung von Bereichen, sei es der Daseinsvorsorge, sei es der Gefahrenabwehr, an seine Verantwortung erinnert werden, die ihm aus dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG als einer besonderen Ausprägung der Menschenwürde des Art. 1 Abs. 1 GG erwächst. Diese Verantwortung verbietet es, dass sich der Staat zu der Wahrnehmung dieser Aufgaben solcher privater Dritter bedient, die er nicht voll beherrscht und die er nicht so einsetzen kann, wie wenn er die Aufgabe noch in eigener Verantwortung erfüllen würde. (...) Wirtschaftliche Betrachtungsweise, die für jedes private Unternehmen selbstverständlich legitim ist, und Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben schließen einander denotwendig aus. Diese Aufgaben sind auf den Staat und die seiner umfassenden staatlichen Gewalt sowie Fürsorge anvertrauten Menschen ausgerichtet. Die gegenwärtige Entwicklung, die nachhaltig von der gemeinschaftsrechtlichen (EU) und der internationalen Ebene (IWF, WTO, Weltbank) geprägt wird, läuft dem zuwider. (...)

Wenn sich der Staat fortwährend der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dadurch entzieht, dass er substanzielle Teile von sich privatisiert und letztlich ungebunden durch private Dritte erfüllen lässt, dann sehe ich das Problem, dass sich der Staat letztlich selbst und - unabhängig von der Souveränität - seine Macht zur Selbstdefinition in Frage stellen könnte. Wofür steht er noch, wenn er sich selbst eines großen Teils seiner Substanz beraubt? ... Wenn sich der Staat immer mehr der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Privatisierung entledigt, verliert er damit auch Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Das bedeutet letztlich, dass er großenteils die Politikfähigkeit verliert. Nicht der Staat bestimmt mehr die Richtlinien der Politik und die Entwicklung des Staatswesens und seiner Gesellschaft, sondern dies tun demokratisch nicht legitimierte Private. Diese kann er aber infolge der Privatisierung nicht mehr steuern, weil er seine Nachfragemacht nicht mehr in die Waagschale werfen kann.

Dr. Siegfried Broß, Richter des Bundesverfassungsgerichts, Honorarprofessor an der Universität Freiburg, Vorsitzender des Präsidiums der Deutschen Sektion der Internationalen Juristen-Kommission in einem Vortrag am 22. Januar 2007 in Stuttgart (Quelle: Nachdenkseiten)

mit der staatliche Interventionen in die Ökonomie auf neue Weise zurückkehren, ohne sich allerdings bereits zu einer breiten Bewegung der Deprivatisierung entfaltet zu haben. Es gibt auf dem Kontinent Wiederverstaatlichungen im Bereich der Post, im Verkehrswesen (Flughäfen), der Telekommunikation sowie der Wasser- und Energieversorgung; verschiedene Tarif- und Preisregulierungen für die Grundversorgung (Wasser, Gas und Elektrizität) wurden eingeführt. Insbesondere im Bereich der Wasser- und Energieversorgung gab es in Argentinien, Bolivien, Venezuela substantielle Veränderungen der bisherigen Politik, die außenwirtschaftlichen wie sozial-, also gleichheitspolitischen Maximen folgen. Sie unterscheiden sich grundsätzlich von den staatsmonopolistischen Strategien, die in Russland und China, aber auch noch in Indien und anderen BRICS-Staaten verfolgt werden.¹⁴

Während hier die Kritik der Privatisierung sich also bereits zu einer Politik der Deprivatisierung entfaltet hat, stehen in der Bundesrepublik Deutschland die Delegitimierung der Privatisierungspolitik und die Kämpfe gegen Privatisierungsprojekte im Vordergrund. Eine innovative Rolle spielen dabei zunehmend Formen direkter Demokratie. Während von 187 Initiativen in Sachen Volksentscheid, die seit 1946 hierzulande aufgebracht worden waren, immerhin in neuerer Zeit erstmals einige Initiativen (z.B. in Hamburg, Sachsen oder Hessen) Eigentumsfragen bzw. Privatisierungsmaßnahmen thematisierten, galten von den (weitaus leichter durchzusetzenden) über 3.000 Bürgerbegehren seit dem Jahr 2000 eine rasch wachsende Anzahl Fragen des Eigentums auf kommunaler Ebene: es ging um Stadtwerke, Krankenhäuser, Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbäder, Energieversorgung, Wasserfragen und Verkehr. Mittlerweile sind über 160 Bürgerbegehren zum Thema Privatisierung initiiert worden, von denen 44 als unzulässig erklärt wurden, 15 wurden durch Einlenken im Kompromiss (teilweise erfolgreich) beendet und 32 hatten Erfolg, wogegen 17 am Quorum scheiterten.¹⁵ Bemerkenswert ist aber vor allem, dass sich die Initiatoren in den Abstimmungen keine Niederlagen durch Mehrheiten einhandelten, die sich für Privatisierungspolitiken einsetzten. Die kommunalen Abstimmungen bestätigten vielmehr die Ergebnisse der in den letzten Jahren durchgeführten (auffällig wenigen) Umfragen, wonach die Politik der Privatisierung hierzulande keine Mehrheit findet, sondern eine wachsende Ablehnung erfährt. In Städten wie Berlin oder Hamburg sind die Bürgerbegehren mittlerweile zu taktischen Instrumenten der Beeinflussung des Parteiensystems

14 S. Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2007 S. 21-27

15 Diese Angaben nach Volker Mittendorf auf der Marburger Tagung.

Privatisierungen in der BRD

Seit den frühen 80ern bis 2005 gab es 174 größere Privatisierungen in der BRD. Das neoliberal geprägte Zeitalter begann mit der Fortsetzung der Privatisierung von VW, VEBA und der Deutschen Lufthansa (1986ff.). Dann begann sukzessiv die Privatisierung der Post. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurden durch die Treuhandanstalt rund 8.000 Staatsunternehmen privatisiert – die größte Privatisierung in der deutschen Geschichte. 1994 erfolgte der Teilverkauf der Bankgesellschaft Berlin und der LAUBAG. Börsengänge erbrachten zunehmend beträchtliche Erlöse – vor allem durch das Angebot von 26 % des Kapitals der Deutschen Telekom in 1996 stiegen die Privatisierungserlöse 1996 auf über 13 Mrd. Dollar. 1998 erfolgten u.a. Ganz- oder Teilprivatisierungen von Autobahn Tank & Rast AG, Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH und der Saarbergwerke AG.

1999 und 2000 schlugen weitere Teilprivatisierungen der Deutschen Bank, der Deutschen Post und der Verkauf der Berliner Wasserbetriebe zu Buche, ebenso der Flughafen Frankfurt, die Bundesdruckerei u.a.m. – das brachte rund 20 Mrd. \$. Im folgenden Jahr begannen in weitaus größerem Maßstab als zuvor die Verkäufe des staatlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsbestandes: ein Konsortium erwarb für 3,3 Mrd. \$ 114.000 Wohnungen der Deutschen Bahn AG und in Bielefeld, Solingen und Düsseldorf wurden die Stadtwerke privatisiert. 2001-2003 wurden zahlreiche Wohnungsgenossenschaften privatisiert. 2004 schlugen mit über 8 Mrd. \$ Teilverkäufe bzw. Aktienangebote der Deutschen Bahn, Deutschen Postbank und der Deutschen Telekom zu Buche – Verkäufe, die auch 2005 organisiert wurden. 2005 erbrachte der Verkauf des Frankfurter Flughafenbetreibers Fraport rund 1 Mrd. \$. 2006 kaufte sich der Finanzinvestor Blackstone für 3,3 Mrd. \$ in die Deutsche Telekom AG in Höhe von 3,3 Mrd. \$ ein. In Dresden wurde der kommunale Wohnungsbestand (WOBA) für 2 Mrd. \$ an den Investor Fortress verkauft und die WestLB verkaufte einen Anteil von 24 % an der HSH Nordbank an private Investoren für 1,6 Mrd. \$.

2007 werden weitere Staatsanteile an der Deutschen Telekom, der Deutschen Post und der Deutschen Postbank verkauft und die Privatisierung der Osthannoversche Eisenbahn AG abgeschlossen. 2008 steht die Privatisierung der Deutschen Bahn an – der größte Verkauf öffentlichen Eigentums bislang - und weiter sollen 74,9 % der Deutschen Flugsicherung privatisiert werden.

geworden. Sie haben sich innerhalb weniger Jahre zu einem strategischen Instrument des Widerstands gegen die Privatisierungspolitik auf lokaler Ebene entwickelt. Antiprivatisierungsallianzen verhinderten so mehrfach (etwa in Zwickau oder Meissen) die Privatisierung von öffentlichen Krankenhäusern. Zwischen den neuen zahlreichen Initiativen vor allem zu Fragen des Wohnens, der Gesundheit und des Wassers sowie der Bildung besteht jedoch bislang kaum eine Form politischer Kooperation. Sie ist aber nicht nur notwendig, um politische Erfolge auf lokaler, kommunaler oder regionaler Ebene sichern zu können und um auszugreifen auf die europäische Ebene, auf der es bislang kaum Zusammenarbeit gibt, sieht man von wenigen Organisationen (Gewerkschaften, attac) und Initiativen aus der Wissenschaft ab.¹⁶ Es geht auch darum, dass die Entwicklung von Alternativen neben genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Lösungen auf lokaler Ebene auch übergreifende gesamtstaatliche und transnationale Lösungen einschließen muss. Diese haben die allgemeinen technischen und stofflichen Faktoren zu berücksichtigen, die durch dezentrale oder verteilte Organisationsmodi nicht aufgefangen werden können und daher eine sich über lange Zeiträume entwickelnde breite gesellschaftliche Kultur erfordern. Gerade die Netze (Straße, Schiene) und die Verknüpfungen der ökologischen Dimensionen (Klimaschutz, Wasser, Luft, zum Teil auch Energie) machen solche übergreifenden Institutionen notwendig – effiziente Regulierung, Konnektivität, Vernetzung und Kooperation müssen nicht die Form eines autoritären Etatismus annehmen. Der hilflose, aber im Kern antiautoritäre Etatismus der Linken der 60er und 70er Jahre hat zu Recht auf diese Sachverhalte verwiesen – im langen Marsch durch die Institutionen ging das dann überraschungsfrei verloren. Die Frage der radikalen Reorganisation nicht nur der Infrastruktur und des Staates, sondern auch seiner demokratischen Verfassung ist in den neuen Initiativen bereits in nuce aufgegriffen. Der Wiederaufbau einer neuen öffentlichen Infrastruktur muss nicht nur verbunden werden mit der grandios einfachen Frage, für welches Dasein eigentlich das zukünftige System der Daseinsvorsorge vorsorgen soll; sie muss auch verbunden werden mit der demokratischen Transformation des Öffentlichen.

Eigentumsfrage und demokratische Frage gehören zusammen. Mit der neuen Rückkehr der Eigentumsfrage ist auch die Demokratiefrage wieder da. Beide werden bleiben.

¹⁶ Von fast singulärer Bedeutung hier die Aktivitäten von Verdi. Neben zahlreichen Kampagnen in einzelnen Sparten führte die Gewerkschaft im Juni 2007 eine wissenschaftliche Konferenz zur Privatisierungsfrage durch, die große Resonanz fand. Attac bearbeitet die Frage seit Jahren auf seinen Sommerakademien und unterstützt stark einschlägige Kampagnen. Die Linke avisiert für Ende 2007 eine umfangreichere Tagung zum Thema Privatisierung.

Aktuelle Projekte

- **PIQUE:** Privatisation of Public Services and the Impact on Quality, Employment and Productivity, <http://www.pique.at/index.html>. Das von sechs Einrichtungen ausgerichtetete Forschungsprojekt untersucht die Bereiche Strom, Post, Öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsdienste/Krankenhäuser in sechs europäischen Ländern (Österreich, Belgien, Deutschland, Polen, Schweden und England). Das Projekt publiziert einen Newsletter und veröffentlichte Mitte 2007 24 Länderberichte, die ebenfalls auf der Webseite liegen.

- **PRESOM:** Privatisation and the European Social Model <http://www.presom.eu/> ist ein ebenfalls von der EU finanziertes Forschungsprojekt von 14 Einrichtungen aus neun Ländern, das die Auswirkungen von Liberalisierung und Privatisierung auf das sich entwickelnde Europäische Sozialmodell untersucht. PRESOM publiziert einen zweimonatlichen Newsletter und hat bislang drei von zehn geplanten umfangreichen Berichten vorgelegt. Sie behandeln Hintergründe und Geschichte der Liberalisierung und Privatisierung in der EU, theoretische Ansätze ihrer Erklärung und geben eine Übersicht über verschiedene Konzepte des Europäischen Sozialmodells. Über 100 weitere Papiere aus Workshops und Tagungen sind ebenfalls auf der Website zugänglich. Im Rahmen des Projekts wird eine Datenbank aufgebaut zu Einrichtungen in Europa, die sich mit Privatisierungsfragen befassen. Sie umfasste Mitte 2007 ca. 220 Einträge.

- **PPG:** »Privatization-Public Goods« <http://wem-gehört-die-welt-de>. Das Netzwerk »Privatisierung – öffentliche Güter« bereitet die Themen Privatisierung, Inwertsetzung, öffentliche Güter, Deprivatisierung, Eigentum und Reichtumsverteilung auf und wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Im Rahmen des Netzwerks wurden bislang 26 Seminare, Workshops und Vorträge unterstützt, 62 Publikationen herausgegeben und die o. g. Website mit ca. 800 Links, Literaturhinweisen und Bildungsmaterialien eingerichtet. Weiter wird ein zweisprachiger elektronischer Newsletter mit über 400 SubskribentInnen aus 17 Ländern herausgegeben. Im Mittelpunkt des Projekts steht ein Weblog mit bisher über 650 Einträgen, die in 28 Rubriken thematisch organisiert sind.

- **PSIRU:** Public Services International Research Unit <http://www.psir.org/>. PSIRU ist weltweit eine der besten Forschungsprojekte zur Analyse der Privatisierung öffentlicher Dienste und Einrichtungen mit Schwerpunkt auf Wasser, Energie, Müll und Gesundheit. Seit Mitte der 90er Jahre publiziert die gewerkschaftsnahe Einrichtung ca. zwei Dutzend Studien im Jahr.

• **Privatisierungsbarometer:** <http://www.privatisierungsbarometer.net/>. Bietet fast stündliche (!) Informationen über privatisierungsrelevante Ereignisse in Europa sowie zahlreiche Studien und einen Newsletter. Die Jahresreports zur Privatisierung in Europa gelten als autoritativste Quelle. Dort auch das UPP-Projekt (Understanding Privatisation Policy: Political Economy and Welfare Effects), das von acht Trägern aus fünf europäischen Ländern getragen wird und das Ziel hat, eine erfolgreiche Durchsetzung von Privatisierungspolitiken zu ermöglichen.

• **Digital Library on the Commons:** <http://dlc.dlib.indiana.edu/> stellt bereits über 1500 u.a. nach Regionen und Themen recherchierbare Texte zum Thema »Commons« (Allmende, Gemeingüter) online zur Verfügung. Hinzu kommen zahlreichen Bibliographien, Thesauri, Newsletter, Bücher und Informationen über die International Association for the Study of the Commons, einschließlich umfangreicher Zusammenstellungen von Konferenzpapieren.

Websites:

- Stichwort Privatisierung:
<http://de.wikipedia.org/wiki/Privatisierung>
- Stichwort Privatisierung:
<http://www.sourcewatch.org/index.php?title=Privatization>
- Dossier Privatisierung / Inwertsetzung
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3567>
- Weltbank: Privatisierung:
<http://rru.worldbank.org/Privatization/> sowie
<http://www.fdi.net/spotlight/index.cfm?spid=8>
- Weltbank: Private Sector Development Blog
<http://psdblog.worldbank.org/psdblog/>
- Datenbank der Weltbank zu Privatisierungen und ausländischen Direktinvestitionen:
<http://www.fdi.net/spotlight/index.cfm?spid=8>
- Reason Stiftung: privatization Watch:
<http://www.rppi.org/privwatch.shtml> sowie
<http://www.privatization.org/index.cfm>
- Homepage von Peter Rühl mit vielen Informationen zur Privatisierungsfrage:
<http://www.meinepolitik.de/homepage.htm>
- Zentrale Initiative gegen Bahnprivatisierung:
<http://www.bahn-fuer-alle.de/>
- Referate der Marburger FEI-Tagung zur Reorganisation öffentlicher Infrastrukturen:
http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-C8D01AFD/hbs/hs.xsl/33_85640.html
- Wasser in Bürgerhand:
<http://www.wasser-in-buergerhand.de/>

Literatur:

- Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland - eine Bilanz, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006.

• Michel Reimon/Christian Felber: Schwarzbuch Privatisierung. Ueberreuter 2003.

• Wolfgang Däubler: Privatisierung als Rechtsproblem, Luchterhand, Neuwied 1980,

• Jörg Huffschild: Die Privatisierung der Welt. Reader des wissenschaftlichen Beirates von Attac. Hamburg 2004

• Peter Hauschild u.a.: Privatisierung: Wahn & Wirklichkeit. Hamburg 2004

• Ernst Ulrich von Weizsäcker: Grenzen der Privatisierung. Wann ist des Guten zu viel? Bericht an den Club of Rome. Hirzel, Stuttgart 2006.

• Nuss, Sabine/ Stütze, Ingo (2006): Was ist und welchen Zweck hat Privatisierung? Anmerkungen zu einer linken Politik öffentlicher Güter, in: ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 507 v. 16.6.2006, 13.

• Hans-Jürgen Bieling, Christina Deckwirth und Stefan Schmalz (Hg.): Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union, FEI-Studie Nr.24 Marburg 2007

• Siegfried Broß: Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Gefahren für die Steuerungsfähigkeit von Staaten und für das Gemeinwohl? Referat am 22.1.2007 in Stuttgart (<http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=2070>)

• Stephan A Jansen, Birger P. Priddat/Nico Stehr: Die Zukunft des Öffentlichen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007

• Volker Schneider, Marc Tenbücken (Hg.): Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, Frankfurt: Campus 2004

Veröffentlichungen der RLS zum Thema:

• Dieter Klein: Millardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums Texte 28 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin 2006

• Iris Nowak: Selbstbestimmung braucht öffentliche Güter. Linke feministische Perspektiven Manuskripte Nr. 55 der RLS

• Heike Weinbach: Social Justice statt Kultur der Kälte. Alternativen zur Diskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland Reihe Manuskripte der RLS, Bd. 63 Berlin 2006

• Jürgen Leibinger: Alternative Eigentumspolitik: Gestaltungsfelder und Kriterien RLS Standpunkte Nr. 8/2004

RLS-Publikationen (Download und Bestellen):
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=publikationen>

Der Autor:

Rainer Rilling ist Hochschullehrer für Soziologie an der Universität Marburg und wissenschaftlicher Referent im Bereich Politikanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung. Web: www.rainer-rilling.de, Mail: rilling@rosalux.de